

Bonus für Arbeit • Sozialer Arbeitsmarkt • Mindestlohn • Initiative 50plus • Ausbildungspakt

Neue Impulse für benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt

Trotz guter Konjunktur, insgesamt sinkender Arbeitslosenzahlen und ansteigender offener Stellen gibt es weiterhin Probleme auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Insbesondere Langzeitarbeitslose, gering Qualifizierte und Ältere haben immer noch wenig Chancen, auf dem regulären Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Für Jugendliche stehen immer noch zu wenig Ausbildungsplätze und Beschäftigungsangebote zur Verfügung. Wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung dazu nutzen, möglichst viele Menschen in Arbeit zu bringen. Der SPD-Parteivorstand hat deshalb auf seiner Klausurtagung Anfang Januar in Bremen neue Initiativen angeregt, um den besonders benachteiligten Gruppen neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Hierzu zählen die Konzepte „Bonus für Arbeit“ und der „soziale Arbeitsmarkt“. Bereits angestoßene Projekte wie die Arbeitsmarktinitiative „50plus“, die Initiative für die Einführung von Mindestlöhnen und der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ sollen mit Nachdruck vorangetrieben werden.

Bonus für Arbeit

Jede Tätigkeit, auch eine einfache Tätigkeit, verdient Respekt und Anerkennung und muss die Chance des Aufstiegs in qualifizierte Arbeit bieten. Allerdings bremsen hohe Abgaben, die auch für einfache Beschäftigung gezahlt werden müssen, den stärkeren Stellenaufbau in diesem Bereich.

Wir prüfen deshalb die Möglichkeit, einfache Arbeiten besser zu fördern. Durch einen „Bonus für Arbeit“ (Steuer-Gutschrift) könnten wir die Sozialversicherungsbeiträge für Geringverdiener gezielt senken und sie so zur Aufnahme einer regulären Vollzeitarbeit motivieren – mit einem Einkommen, das über dem Arbeitslosengeld-II-Niveau liegt. Mögliche Mitnahmeeffekte durch Unternehmen, die durch die Gutschrift an billige Arbeitskräfte kommen wollen, müssen allerdings vermieden werden.

Das Modell „Bonus für Arbeit“ wurde federführend von dem Würzburger Volkswirtschaftler Prof. Peter Bofinger, der auch Mitglied der „Fünf Wirtschaftsweisen“ der Bundesregierung ist, entwickelt. Bofinger schlägt vor, dass die Steuergutschrift in der jährlichen Steuererklärung beantragt werden soll. Wird der Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte eingetragen, erfolgen monatsweise Steuergutschriften. Auf diese Weise wird ein abgabenfreies Grundeinkommen eingeführt.

Singles sollen bis 750 Euro, Paare bis 1.300 Euro Verdienst ihre Abgaben vollständig vom Staat ersetzt bekommen. In einer Gleitzone bis 1.300 Euro (Singles) bzw. 2.000 Euro (Paare) wird der Zuschuss linear abgeschmolzen. Ein voller Zuschuss wird allerdings nur bei einer Arbeitszeit von über 30 Wochenstunden gezahlt, ein halber bei mindestens 15 Stunden. Zusätzlich gibt es noch eine Kinderkomponente, mit der die sonst beim Ar-

beitslosengeld anfallende über das Kindergeld hinausgehende Regelleistung für Kinder übernommen wird. Hierbei gibt es eine eigenständige Gleitzone von 400 Euro pro Kind.

Das Arbeitsministerium hat den Auftrag, das Bofinger-Modell bis Ende Februar 2007 durchzurechnen. Das Ergebnis der ministeriellen Prüfung wird die weitere Entwicklung der Diskussion über das „Bonus für Arbeit-Modell“ beeinflussen. Auch die Untersuchung auf die Auswirkungen auf Mini- und Midijobs und das übrige Steuer- und Transfersystem wird zusätzliche Zeit benötigen.

Sozialer Arbeitsmarkt

Auch erwerbsfähige Menschen ohne Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt brauchen eine Perspektive. Wir wollen deshalb einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ aufbauen. Er soll den ersten Arbeitsmarkt ergänzen und dauerhafte, sinnvolle und gesellschaftlich anerkannte Beschäftigungsmöglichkeiten für besonders schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose bieten.

Nach Plänen aus der SPD-Bundestagsfraktion sollen so Langzeitarbeitslose gefördert werden, die länger als ein Jahr arbeitslos sind und ALG-II beziehen. Außerdem muss bei ihnen der Einsatz arbeits-

marktpolitischer Instrumente erfolglos gewesen sein, sie müssen schwere Vermittlungshemmnisse aufweisen und nach realistischer Einschätzung in den nächsten 24 Monaten keine Chance auf einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt haben. Für sie sollen sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten geschaffen werden, die tarif- oder ortsüblich entlohnt werden. Einsatzfelder sollen sowohl Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes, soziale Betriebe als auch Integrationsunternehmen sein. Der Schwerpunkt soll auf bislang vernachlässigten Tätigkeitsfeldern liegen bis hin zur Bürgerarbeit (z. B. Concierge-Service in Wohnsiedlungen, Zusatzangebote in Alten- und Jugendpflege, Aufbereitung von Schulmöbeln, Beschäftigung in Sportvereinen etc.).

Arbeitgeber, die solche Tätigkeiten anbieten, erhalten maximal 50 % des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts, um Nachteile der Arbeitsmarkterferne der Langzeitarbeitslosen auszugleichen. Integrationsunternehmen und soziale Betriebe erhalten ggf. zusätzliche Aufwandsentschädigungen. Geförderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen intensiv betreut werden und Weiterbildungsangebote erhalten. Die Fördervoraussetzungen werden spätestens alle 12 Monate überprüft. Die notwendigen Mittel sollen aus den Eingliederungsleistungen der SGB II-Leistungsträger kommen. Die SPD strebt für den Anfang eine Zahl von 100.000 Menschen an, die so wieder in Arbeit

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes 2005 (Jahresdurchschnitte)

	2005	2006	Entwicklung	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26,56 Mio. (Oktober)	26,95 Mio. (Oktober)	+ 392.000	
Arbeitslose	4,861 Mio.	4,487 Mio.	- 374.000	- 7,7 %
Arbeitslosenquote	11,7%	10,8%		
Arbeitslose unter 25	619.000	523.000	- 96.000	- 15,5 %
Arbeitslose über 55	580.000	568.000	- 12.000	- 2,2 %
Gemeldete Stellen (Bestand)	413.000	564.000	+ 151.000	
Dauer der Arbeitslosigkeit	39,6 Wochen	41,1 Wochen	+ 1,8 Wochen	

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

vermittelt werden sollen. Das Projekt wird von der SPD in die Koalitionsberatungen zum Arbeitsmarkt eingebracht.

Mindestlohn

Trotz Tarifautonomie und Flächentarifverträgen werden in einigen Branchen Löhne gezahlt, mit denen die Existenz der Menschen nicht mehr gesichert ist. Das sind die Tatsachen:

- Rund 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten bei uns heute schon für Armutslöhne. Das sind Löhne, die unter 50 % des deutschen Durchschnittslohnes liegen.
- Die Tarifbindung nimmt ab. In Westdeutschland haben noch 68% der Beschäftigten einen Tarifvertrag, in Ostdeutschland sogar nur noch 53 %.
- Dabei gibt es auch heute schon Tariflöhne unter der Armutsschwelle mit einem Stundenlohn von drei bis sechs Euro brutto.
- Niedriglöhne verfestigen die Armut in Deutschland und sind nicht nur ein Problem von Ungelernten: Denn 60 % aller Beschäftigten im Niedriglohnbereich haben eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Deshalb ist aus Sicht der SPD die Einführung von Mindestlöhnen auch in Deutschland unabdingbar. Der Gewerkschaftsrat der SPD hat Vorschläge gemacht, auf welchem Weg Mindestlöhne bei uns eingeführt werden können:

- Über das Arbeitnehmerentsendegesetz müssen branchenbezogene Mindestlöhne durchgesetzt werden, die von den Tarifparteien vereinbart worden sind. Das gilt bereits jetzt im Bau- und künftig auch im Reinigungsgewerbe. Das Gesetz ermöglicht Rechtsverordnungen, die alle in Deutschland tätigen in- und ausländischen Firmen einer Branche zu Mindestlöhnen verpflichten.
- Für Branchen, in denen es keine Tarifverträge

gibt, diese nicht greifen oder in denen die Tariflöhne die Armutsschwelle unterschreiten, wollen wir einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn einführen.

- Dieser Mindestlohn soll sich an den Verhältnissen in vergleichbaren europäischen Ländern orientieren und bei Vollzeitbeschäftigung eine eigenständige Existenzsicherung gewährleisten.

Die SPD hat ihre Vorstellungen zu Mindestlöhnen in die Koalitionsarbeitsgruppe „Arbeitsmarkt“ eingebracht. Ende Januar wollen die Koalitionsspitzen darüber beraten. Die weiteren Schritte hängen von der Kompromissbereitschaft der Union ab.

Initiative „50 plus“

Besonders ältere Menschen haben es in Deutschland schwer, beruflich Schritt zu halten oder bei Arbeitslosigkeit einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu finden. Zur Zeit sind bei uns nur noch rund 45 Prozent der über 55-Jährigen im Beruf. In der Hälfte aller deutschen Unternehmen arbeiten keine Menschen über 50.

Dies hat Auswirkungen auf die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung, bei der immer weniger aktive Beschäftigte für immer mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen müssen. Außerdem können wir uns zunehmend weniger leisten, auf das Erfahrungswissen Älterer und ihre aktive Berufstätigkeit zu verzichten.

Deshalb wollen wir mit der Initiative „50 plus“ die Beschäftigungsfähigkeit und Beschäftigungschancen älterer Menschen verbessern.

- Arbeitslose über 50 Jahre mit Anspruch auf Arbeitslosengeld I bekommen bei Aufnahme einer geringer entlohnten Tätigkeit einen gestaffelten Lohnausgleich.
- Arbeitgeber können bei Einstellung älterer Langzeitarbeitsloser einen Lohnkostenschuss von bis zu 36 Monaten bekommen.

- Die Finanzierung der Weiterbildung von Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben wird verbessert. Qualifizierung ist der Schlüssel für längere Erwerbstätigkeit.

Ausbildung und Arbeit für die Jugend

Auch wenn die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Vergleich zum Vorjahr rückläufig ist, sind Jugendliche in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit betroffen. Der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit besteht nach wie vor in einem Schul- und Berufsabschluss.

Trotz guter Konjunktur entziehen sich immer mehr Unternehmen ihrer Ausbildungspflicht. Weniger als 25% aller Betriebe bilden heute noch aus. Trotzdem bleibt die Berufsausbildung zuallererst die Aufgabe der Wirtschaft. Unternehmen, die nicht ausbilden, handeln unverantwortlich. Die SPD ruft alle Unternehmen auf, sich stärker für die Ausbildung junger Fachkräfte zu engagieren.

- Auch 2006 haben die Partner im Ausbildungspakt mehr neue Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt als verabredet. Trotzdem: Der Pakt muss dringend weiterentwickelt werden, um

den Lehrstellenmangel nachhaltig zu beseitigen. Die Wirtschaft muss sich 2007 dazu verpflichten, „zusätzliche“ und nicht nur „neue“ Ausbildungsplätze zu schaffen.

- Mit den Einstiegsqualifizierungen Jugendlicher (EQJ) machen wir junge Menschen mit schlechteren Startchancen fit für eine betriebliche Ausbildung. Das Programm ist erfolgreich. Mehr als 60% der beteiligten Jugendlichen haben den Anschluss in eine Ausbildung geschafft. Deshalb stocken wir das Programm in diesem Jahr von 25.000 auf 40.000 Plätze auf.
- Die Situation in Ostdeutschland ist besonders schwierig. Deshalb setzen wir das Ausbildungsplatzprogramm Ost bis 2009 fort: Rund 90 Millionen Euro stehen hier jährlich für 13.000 betriebsnahe Ausbildungsplätze bereit.
- Ein sinnvoller Jugendarbeitsschutz ist kein Hindernis für mehr Ausbildungsplätze. Er gewährleistet Sicherheit und Gesundheitsschutz für eine anspruchsvolle Berufsausbildung. Eine Aushöhlung oder gar Abschaffung des Jugendarbeitsschutzgesetzes lehnen wir ab. ■